

Beitragssenkung unerwünscht

Beim Thema Rente scheinen die Deutschen immun gegen vollmundige Wahlversprechen. Wie die Ergebnisse einer aktuellen DGB-Umfrage zeigen, geht bei der Altersvorsorge die Sicherheit vor.

Rentenversicherung. Die große Mehrheit lehnt die von der schwarz-gelben Bundesregierung initiierten Rentenbeitragssenkungen ab. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa befragte im Auftrag des DGB am 26. und 27. August 1000 Deutsche dazu. Das Ergebnis der repräsentativen Umfrage: 84 Prozent wollen die aktuellen Beitragssenkungen nicht, sondern favorisieren das DGB-Modell, nach dem die Überschüsse in der Rentenkasse verbleiben, um die Altersvorsorge zukunftssicher zu gestalten. Dies ist gegenüber 2012 noch einmal eine Steigerung von vier Prozentpunkten.

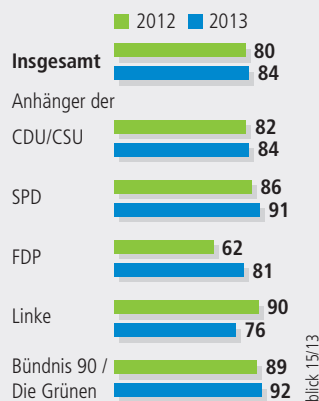
Die Bundesregierung hat zuletzt in einem außergewöhnlichen Verfahren durch das Beitragssatzgesetz eine Senkung des Rentenbeitrags von 19,6 auf 18,9 Prozent durchgesetzt. Auch für das nächste Jahr würde eine weitere Senkung auf voraussichtlich 18,4 Prozent anstehen. Die BürgerInnen, das belegt die Umfrage, halten jedoch nicht viel von diesem Mechanismus. Im Gegenteil, quer durch alle Parteien gibt es eine große Mehrheit, die eine Reserve und stabile Renten will.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach mahnt deshalb die Regierungskoalition, das Vertrauen, das die Deutschen in ihre Renten-

versicherung haben, nicht länger aufs Spiel zu setzen: „Die Beitragssenkungen widersprechen den demografischen Herausforderungen, weil die notwendigen Spielräume zur Stabilisierung künftiger Renten pulverisiert werden.“

Mehrheit gegen Beitragssenkung wächst

Anteil der Bundesbürger nach Parteipräferenz, die wollen, dass die Überschüsse in der Rentenversicherung nicht für Beitragssenkungen genutzt, sondern aufgespart und für die Stabilisierung der Rentenversicherung verwendet werden (in Prozent)



Quelle: Repräsentative FORSA-Umfragen im Auftrag des DGB vom 21./22.8.2012 sowie vom 26./27.8.2013

Bereits 2012 gab es schlechte Noten für die Senkung der Rentenbeiträge. Die aktuelle Umfrage aus 2013 zeigt, dass das schwarz-gelbe Modell immer weniger Zustimmung findet.

Die Senkungsbefürworter sind sowohl bei den CDU/CSU-Anhängern mit elf Prozent als auch bei den Getreuen der Liberalen mit 17 Prozent deutlich in der Minderheit. Aufgeschlüsselt nach Altersklassen zeigt sich, dass es bei dieser Einschätzung keine großen Unterschiede gibt. Bei den 14- bis 29-Jährigen entschieden sich 84 Prozent gegen die Reduzierung, bei den über 60-Jährigen sind es 88 Prozent. Auch der Bildungsgrad ist bei dieser Grundhaltung nicht ausschlaggebend. 85 Prozent der HauptschulabsolventInnen sind gegen die Senkung, ebenso 90 Prozent derjenigen mit Abitur oder abgeschlossenem Studium.

Pluspunkte im Wahlkampf wird es deshalb mit diesem Konzept für Schwarz-Gelb kaum geben. Buntenbach: „Die Parteien, allen voran die CDU/CSU, sollten sich nicht länger von dem Irrglauben leiten lassen, sie könnten die Menschen in Deutschland mit einer Senkung der Rentenbeiträge ködern.“ ●

● INHALT

- 2 Rechte Gewalt**
Umfassende Strategie notwendig
- 3 IG BAU-Kongress**
Interview mit dem scheidenden Vorsitzenden Klaus Wiesehegel
- 5 Ausbildungsplätze**
Zahlenschiebereien in Nürnberg
- 7 Kommunalfinanzen**
Die Zukunft für alle ist finanzierbar

Für einen Politikwechsel

DGB-Wahlaufruf. Der DGB ruft alle BürgerInnen auf, am 22. September 2013 wählen zu gehen. Die Bundestagswahl sei eine Chance, für einen Politikwechsel zu sorgen. „Deutschland braucht eine neue Ordnung der Arbeit.“ Dazu gehören unter anderem ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine Stärkung der Tarifautonomie sowie mehr Mitbestimmung. Zudem fordert der DGB sichere Renten, ein soziales Europa und einen aktiven Staat. ●

| www.dgb.de/INyG

● PLUS/MINUS

— **– Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) will – kurz vor der Wahl – die Geschäftsgrundlage der privaten Krankenversicherung verbessern. Bahr in der Rhein-Zeitung: „Ich möchte, dass alle Menschen selbst entscheiden können, wie und wo sie sich versichern können.“**

— **+ SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles konterte, Bahr locke Viele in die Armutsfalle und mache sich zum „obersten Cheflobbyisten der Privaten Krankenversicherung“. „Viele PKV ködern mit Billig-Tarifen – doch dann steigen die Preise und am Ende können sich die Versicherten die Beiträge nicht mehr leisten.“**

● IM NETZ

www.DubistdieWahl.de

Unter diesem Motto hatte der Bundestag aufgerufen, eigene Werbespots zu drehen, die zur Wahlbeteiligung aufrufen. Am 1. September endete das Projekt. Das Ergebnis kann jetzt besichtigt werden.

Gewalt von rechts

Kriminalität. Die Zahl ist erschreckend: Im Juni 2013 registrierte das Bundesinnenministerium insgesamt 865 Straftaten „politisch motivierter Kriminalität“ aus der rechten Szene. Und diese Zahl ist nur ein erster Blick auf die Aktivitäten Rechter. Sie könne sich, so das Ministerium, aufgrund von Nachmeldungen noch „teilweise erheblich“ verändern. Abgeordnete der Fraktion Die Linke wollten wissen, welche rechtsextremistischen Aktivitäten im Juni der Bundesregierung bekannt waren.

Von den 865 Straftaten zählen 45 zu „Gewalttaten“. Auch die Frage nach „Festnahmen“ wurde beantwortet: Es gab 461 Tatverdächtige, drei Personen

wurden vorläufig festgenommen, Haftbefehle wurden keine erlassen. Als „Teilmenge“ der Gesamtstatistik weist die Bundesregierung noch „Hasskriminalität“ aus. Taten, deren „Umstände auf die Einstellung des Täters schließen lassen“. Hier lauten die vorläufigen Zahlen: 223 Taten, darunter 29 Gewalttaten.

Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach heißt die Schlussfolgerung aus der Antwort der Bundesregierung: „Wir brauchen eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.“ Darüber hinaus müsse der Opferschutz ausgebaut und die Auseinandersetzung mit Rassismus verstärkt werden. ●

! www.bit.ly/BTAntwort

Fehlzeiten

AOK-Umfrage. Die Menschen funktionieren, auch bei hoher Arbeitsbelastung und steigenden Ansprüchen an Flexibilität und Leistung. Doch viele bewältigen ihren Arbeitsalltag nur mit Aufputzmitteln wie Alkohol oder Tabletten. Der AOK-Fehlzeiten-Report 2013 meldet alarmierende Zahlen: In den vergangenen zehn Jahren stieg die Zahl der Fehltag aufgrund der Einnahme von Suchtmitteln um rund 17 Prozent.

AOK-Geschäftsführer Uwe Deh geht davon aus, dass diese Zahlen zu niedrig liegen, da die Ärzte zwar die psychischen Auffälligkeiten erfassen, nicht aber körperliche Schäden – beispielsweise als Folge des Alkoholmissbrauchs – in diese Statistik eingehen. Schnellere und zielgenaue Hilfe gegen den Psychostress am Arbeitsplatz fordert der DGB schon lange. Eine Umfrage des DGB-Index Gute Arbeit ergab im Januar, dass 56 Prozent der Beschäftigten unter „starker oder sehr starker“ Arbeitshetze leiden. ●

! www.dgb.de/Itaf | www.wido.de/fzr_2013



Foto: Melike Schwabe/feinblick

Die Erinnerung wach zu halten, ist Michael Sommer wichtig. Der DGB-Vorsitzende besuchte im August in Berlin-Kreuzberg die Büsten von drei herausragenden Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung: Carl Legien, Wilhelm Leuschner und Hans Böckler (Foto). Die Büsten sind nach einer aufwändigen Restauration wieder aufgestellt worden. ! www.dgb.de/INqN

Wohnungspolitik: Investieren statt spekulieren

Eine Mietpreisbremse, bezahlbare neue Wohnungen und ein durchdachtes Sanierungskonzept für Bestandsbauten fordert der DGB von der künftigen Bundesregierung. Schwarz-Gelb hat nichts für bezahlbare Mieten getan. Stattdessen wurden die Mieterrechte geschwächt und der soziale Wohnungsbau immer stärker zurückgefahren.

Derzeit explodieren die Mieten in Groß- und Universitätsstädten. Investoren kaufen und sanieren – für Normalverdiener bleibt oft nur noch der Umzug, verbunden mit dem Verlust ihres sozialen Umfelds. Aus dem sozialen Wohnungsbau hat sich der Bund weitgehend zurückgezogen. Rund 500 Millionen Euro erhalten die 16 Länder

derzeit für diese Aufgabe. Das KfW-Programm „Altersgerechtes Umbauen“ endete 2011. Die neue Mietrechtsnovelle nimmt Rücksicht auf die Investoren – nicht die Mieter. Deshalb muss das Mietrecht geändert, der soziale Wohnungsbau stärker gefördert und die Mietpreisbremse eingeführt werden.

! www.dgb.de/INwN

Anzeige

Stark für die Schwachen im Verkehr.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

● TELEGRAMM

Gegen Rechtsextremismus und Rassismus muss mehr getan werden. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fordert einen Aktionsplan. Nachdem der NSU-Untersuchungsausschuss zu Versäumnissen der Sicherheitsbehörden bei den NSU-Morden seine Arbeit abgeschlossen hat, müssten die Empfehlungen des Ausschusses nun konsequent umgesetzt werden. ! www.dgb.de/INjc

Selbstzufriedenheit sei nicht angebracht, stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) angesichts der Milliarden-Überschüsse im deutschen Bundeshaushalt fest. Die OECD hält trotz guter Kassenlage eine Erhöhung der im internationalen Vergleich sehr geringen Vermögens- und Immobiliensteuer für sinnvoll, um die unteren Einkommen zu entlasten.

Es ist DEINE Wahl. Mit diesem Slogan haben die Diakonie und der DGB Berlin-Brandenburg eine Facebook-Aktion für eine höhere Wahlbeteiligung gestartet. Die InitiatorInnen gehen mit gutem Beispiel voran und erklären, warum sie auf jeden Fall von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Wer mitmacht, soll begründen, warum Wählen für ihn oder sie wichtig ist. ! www.berlin-brandenburg.dgb.de/INwM

„Ich bin noch nie vor Verantwortung weggelaufen“

Nach 18 Jahren als Vorsitzender der IG BAU tritt **Klaus Wiese** nicht mehr an. Als Mitglied im SPD-Kompetenzteam will er nach der Bundestagswahl neuer Arbeitsminister werden. Im Einblick-Interview zieht er Bilanz.

Du trittst als Vorsitzender nicht mehr an. Wieso?

■ Wer A sagt, muss auch B sagen. Als ich der Berufung ins SPD-Kompetenzteam folgte, war mir klar, dass das eine Zäsur für mich bedeutet.

Das zeigt, dass du an den Erfolg glaubst.

Die Meinungsforscher geben Rot-Grün aber kaum Chancen. Gibt es einen Plan B?

■ Nein. Ich mache mir keinerlei Gedanken derzeit darüber, was wäre, wenn es nicht klappt. Wer einkalkuliert, dass er verlieren kann, ist schon fast auf der Verliererstraße. Ich glaube, dass der Wahlkampf erst jetzt richtig losgeht.

Falls du Arbeitsminister wirst, welche drei Maßnahmen stünden ganz oben auf deiner Agenda?

■ Am wichtigsten ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Dann muss das Betriebsverfassungsgesetz so geändert werden, dass die Betriebsräte bei Leiharbeit und Werkverträgen mitbestimmen können. Und es muss Schluss sein mit sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverhältnissen.

Deine Amtszeit als IG BAU-Vorsitzender war auch geprägt durch einen Niedergang der Baubranche. Welche Folgen hatte das?

■ Das war eine Katastrophe, die über uns ab Mitte der 1990er Jahre hereinbrach. Die steuerlichen Sonderabschreibungen von 50 Prozent beim Erwerb einer Immobilie im Osten wurden gestrichen, darauf brachen die Firmen und damit die Arbeitsplätze im Osten reihenweise ein. Der Bauboom im Osten war eine Blase, wie wir heute wissen. Gleichzeitig kam die Öffnung des Europäischen Binnenmarktes.

Wie wirkte sich das aus?

■ Wir wurden regelrecht überlaufen von ArbeitnehmerInnen, die per Werkvertrag auf unsere Baustellen kamen und unter deutlich schlechteren Bedingungen als den von uns ausgehandelten dort arbeiteten. Die anderen Gewerkschaften erleben das erst jetzt. Wenn sie per Tarifvertrag den Missbrauch der Leiharbeit eingefangen haben, weichen die Unternehmer auf Werkverträge aus. Auf dem Bau ist Leiharbeit schon seit Anfang der 1990er Jahre verboten. Das hat aber auch dazu geführt, dass wir den Missbrauch von Werkverträgen als illegale Arbeitnehmerüberlassung schon sehr früh kennengelernt haben und seitdem bekämpfen. Eine befriedigende Lösung gibt es bis heute nicht.

Wie reagierte die IG BAU auf die Baukrise?

■ Die Zahl der Bau-Arbeitsplätze ist von gut 1,4 Millionen auf unter 700 000 eingebrochen. Das hatte natürlich Folgen für die Mitgliederentwicklung der IG BAU. Es ist enorm schwer für eine Gewerkschaft, dann die gesamte Bandbreite ihrer Leistungen aufrecht zu

erhalten. Wir haben uns entschieden, nicht mit einer der beiden großen Gewerkschaften zu fusionieren, sondern den Weg allein mühsam zu gehen. Wir haben einige Strukturveränderungen innerhalb unserer Organisation vollzogen, die wehgetan haben.

Ihr seid dabei, die IG BAU zur Mitmachgewerkschaft umzubauen. Bedauerst du es, dass du an diesem Prozess nicht mehr beteiligt bist?

■ Es ist sehr schwierig, den Schwerpunkt in einer Organisation auf das Ehrenamt zu verlagern. Dass ich das nicht mehr zu Ende führen kann, bedauere ich. Ich habe selbst als Mentor eine Region betreut und vor Ort Projekte initiiert. Damit ist am 10. September Schluss. Aber es wäre Weglaufen vor der Verantwortung, die Chance nicht zu ergreifen, möglicherweise ein Ministerium zu übernehmen, in dem die Gesetze gemacht werden, die für meine IG-BAU-Kollegen und für alle Beschäftigten von entscheidender Bedeutung sind. Ich bin noch nie vor Verantwortung weggelaufen.

Wo hättest du gern als IG BAU-Vorsitzender mehr erreicht?

■ Ganz klar bei der Mitgliederentwicklung. Ich hatte erwartet, dass wir mit den neuen Methoden der Mitgliederwerbung wie dem Organizing mehr erreichen. Damit kann ich mich nicht abfinden.

Was ist aus deiner Sicht der größte Erfolg in deiner Amtszeit?

■ Das ist das Saisonkurzarbeitergeld. Das ist besser als das alte Schlechtwettergeld, das die Kohl-Regierung abschaffen wollte, weil es auch gezahlt wird, wenn wirtschaftliche Gründe für die reduzierte Arbeit vorliegen. Letztendlich war das die Blaupause für die Regelung zum Kurzarbeitergeld, die dafür gesorgt hat, dass Deutschland besser als andere Länder ohne massive Entlassungen durch die Krise gekommen ist. Der zweite große Erfolg war, dass ich 1997 als erster Gewerkschaftsvorsitzender einen allgemeinverbindlichen tariflichen Mindestlohn durchgesetzt habe.

Bist du also sozusagen der Vater des Mindestlohns in Deutschland?

■ Wenn man so will, ja. Morgens um sieben habe ich damals gemeinsam mit dem Arbeitgeberpräsidenten Dieter Hundt bei Arbeitsminister Norbert Blüm am Schreibtisch um den Mindestlohn gefeilscht. Vorausgegangen war eine große Auseinandersetzung darüber, ob es überhaupt einen Mindestlohn gibt. Seitdem sind die tariflichen Mindestlöhne in unseren Branchen ausgebaut worden. Mit meiner Berufung ins Kompetenzteam der SPD schließt sich der Kreis: Ich könnte der erste Arbeitsminister sein, der einen gesetzlichen Mindestlohn erlässt. ●

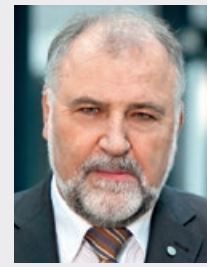


Foto: IG BAU

18 Jahre lang hat Klaus Wiese, 60, die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) auch durch schwierige Zeiten – von der Baukrise bis zum Mitgliederrückgang – geführt. Der Dank der Organisation: 2009 wurde er mit über 94 Prozent als Vorsitzender wiedergewählt.

MEHR ZUM THEMA

Gewerkschaftstag der IG BAU

Unmittelbar vor der Bundestagswahl stellt die IG BAU auf ihrem Gewerkschaftstag in Berlin vom 9. bis 12. September die Weichen für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten vier Jahre. Das Motto: „Arbeit. Leben. Gerechtigkeit. Wann, wenn nicht jetzt!“ Neben Klaus Wiese kandidiert auch das bisherige Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini nicht mehr, da sie ins SPD-Kompetenzteam zur Wahl in Hessen berufen wurde. Als neuen Vorsitzenden hat der Gewerkschaftsbeirat Robert Feiger, bisher einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden, vorgeschlagen. Neben den Wahlen beraten die Delegierten über rund 90 Anträge. Einer der Schwerpunkte: faire Arbeit.

www.igbau.de

IM NETZ

www.einblick.dgb.de

Langfassung des Interviews

Anzeige



Vereinsmitglied statt Shareholder.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.



Flagge zeigen für den Politikwechsel

Aktionstag. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl wollen DGB und Gewerkschaften am 7. September mit Demonstrationen, Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen ein starkes Signal für einen Politikwechsel setzen. Während in Frankfurt/Main und Hannover Kundgebungen und Demonstrationen geplant sind, veranstaltet die IG Metall vor dem Brandenburger Tor ein „Metall-Parlament“, und die IG BCE hat zur Betriebsräte- und Funktionärskonferenz nach Mannheim eingeladen.

„Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Aktiver Staat“ ist das Motto von DGB und Gewerkschaften in Hannover. Die Demonstration beginnt um 11 Uhr mit Auftaktkundgebungen am Steintor- und am Schützenplatz. Bei der Abschlusskundgebung reden unter anderem der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer.

Unter dem Motto „Flagge zeigen für den Politikwechsel“ steht der Aktionstag der Gewerkschaften in

Frankfurt/Main von den DGB-Bezirken Hessen-Thüringen und West. Die Demonstration startet um 12 Uhr am Baseler Platz. Mit Samba-Rhythmen, Themenwagen und Aktionskunst geht es durch die Frankfurter Innenstadt mit Zwischenkundgebung vor der EZB zum Frankfurter Römer. Hier beginnen ab 14 Uhr die Hauptkundgebung und ein Familienfest. Ab 18 Uhr lädt die Gewerkschaftsjugend zum Konzert ein.

Rund 2000 aktive MetallerInnen wollen in Berlin vorm Brandenburger Tor im „Metall-Parlament“ der Politik ab 12 Uhr zeigen, worauf es den Beschäftigten tatsächlich ankommt. Jede/r Interessierte ist eingeladen, sich an der Aktion zu beteiligen. „Wahljahr 2013 – Gute Politik ist messbar“ ist das Motto der IG BCE auf ihrer Auftaktveranstaltung zur heißen Wahlkampfphase. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis fasst zusammen, was die Gewerkschaft von der Politik erwartet. Danach stehen PolitikerInnen der im Bundestag vertretenen Parteien Rede und Antwort. ●

| www.dgb.de/-/NWV

Jetzt bestellen!

DGB-Kalender 2014. Auch im nächsten Jahr informiert der bewährte DGB-Taschenkalender kurz, präzise und aktuell über wichtige Politikfelder und Projekte des DGB und der Gewerkschaften. Dazu gibt es in den neun Bezirksausgaben einen umfangreichen Adressenteil mit Kontakten zu Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Institutionen. Der Kalender ist ab November 2013 kostenlos in den DGB-Büros vor Ort erhältlich. Erstmals kann man sich in diesem Jahr den Kalender per Post zustellen lassen. Der Kalender kostet dann einen Euro plus Versandkosten. ●

| Vorbestellungen: www.dgb-bestellservice.de

Gesichter statt Politik

Bundestagswahl. Personalisierte Wahlkampagnen ohne Inhalt, stimmbildende „bad campaigns“ in den Massenmedien, weniger Politik, stattdessen mehr Entertainment und Privates – das sind die Trends, die Thomas Leif und Gerd Mielle im Bundestagswahlkampf 2013 sehen. In zehn Thesen haben die beiden Publizistik-Professoren ihre Sicht auf das Wahlkampfgeschehen in einem Arbeitspapier der Otto-Brenner-Stiftung zusammengefasst. „Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013“ basiert auf einer Konferenz über die Wahlstrategien der Parteien von Otto-Brenner-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung. ●

| www.bit.ly/obs_wahl2013

● BUCHTIPP



Chrystia Freeland: Die Superreichen – Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Westend Verlag 2013, 368 Seiten, 22,99 Euro

Der Riss zwischen den Plutokraten und der restlichen Bevölkerung wird immer breiter. Die oberen 0,1 Prozent bestimmen zunehmend über das Leben der Menschen ohne Supereinkommen. Die kanadische Wirtschaftsjournalistin Chrystia Freeland spricht in ihrem Buch von einer Herrschaft der Geldelite. Eine Elite, die sich nicht auf geerbtem Wohlstand ausruht, sondern globale Unternehmen steuert. Der Wohlstand ihrer Heimatländer ist Nebensache. Freeland versucht zu klären, welche moralischen Werte für diese Oberschicht zählen. Ihr bitteres Fazit: Oberstes Ziel ist das eigene Wohlergehen, verbunden mit hohem Einfluss auf die Regierungen, um die eigenen Einnahmen zu sichern. Ein gut lesbares Buch, das die Lebenswelt und das Selbstverständnis dieser Elite beschreibt.

● INTERREGIO

Mehreinnahmen von jährlich 893 Millionen Euro ließen sich für Land und Gemeinden in Rheinland-Pfalz durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, eine Reform der Erbschaftsteuer und die Wiedereinführung der Vermögensteuer erzielen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) im Auftrag des DGB Rheinland-Pfalz. Infolge der Steuerensenkungen seit 1998 nehmen das Land Rheinland-Pfalz und die Kommunen allein im Jahr 2013 knapp 1,4 Milliarden Euro weniger ein. „Die Studie bestätigt uns in unseren Forderungen“, erklärt der DGB-Bezirksvorsitzende Dietmar Muscheid. „Land und Kommunen wären mit diesen Steuerreformen wieder handlungsfähig und könnten dringend erforderliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder öffentliche Sicherheit vornehmen und Schulden abbauen. Derzeit zehrt das Land seine Substanz auf.“

| www.west.dgb.de

Reisekosten im Fokus

Schon jetzt sollten sich Betriebsräte mit den ab 1. Januar 2014 geltenden neuen Reisekostenregeln befassen, rät der DGB. Denn mit Beginn des neuen Jahres soll nicht mehr wie bisher das Finanzamt festlegen, wo die „regelmäßige Arbeitsstätte“ ist, sondern der Arbeitgeber. Um Probleme zu vermeiden, sollten Betriebsräte das Thema jetzt aufgreifen und sich beteiligen. Dazu können die

ArbeitnehmervertreterInnen bei Bedarf Expertenwissen bei ihren Gewerkschaften einholen. Mit dem neuen Reisekostenrecht will der Gesetzgeber Prozesse vereinfachen und vereinheitlichen. So sieht das neue Gesetz auch Veränderungen bei den Fahrkosten, Verpflegungsmehraufwand, Übernachtungskosten und doppelter Haushaltsführung vor.

| www.einblick.dgb.de

Der DGB Nord und die italienische Partnergewerkschaft CGIL wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen und **gemeinsam Impulse für die ArbeitnehmerInnen in Europa** setzen. Eine entsprechende Vereinbarung haben der DGB-Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn und Alfonso Viola von der CGIL-Region Campania in Süditalien unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht einen engen Informations- und Erfahrungsaustausch vor. „Grenzüberschreitende Solidarität und Know-how-Transfer werden angesichts der globalen Herausforderungen in der Krise immer nötiger – wir wollen voneinander lernen und eine europäische gewerkschaftliche Good-Practice-Strategie entwickeln“, erklärt Uwe Polkaehn.

| www.nord.dgb.de

Anzeige

Blick in die Röhre

Jedes Jahr gibt es tausende junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) belegen, dass es auch in diesem Sommer keine guten Nachrichten vom Ausbildungsmarkt gibt.

Junge Generation. Am 1. September beginnt das neue Ausbildungsjahr. Laut Statistik der BA waren im Juli 2013 noch rund 323 538 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Das sind 8500 Jugendliche mehr als im Vorjahr. Die DGB-Jugend beurteilt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt weiterhin als schwierig. DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller kritisiert: „Der Anteil der ausbildenden Betriebe sinkt seit Jahren, und die Wenigen, die überhaupt noch ausbilden, betreiben eine Bestenauslese.“ So liegt der Anteil der ausbildenden Betriebe nur noch bei knapp 22 Prozent.

Auch die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze sank um rund 11 000 auf knapp 470 000 Plätze. Die Folge: Nur gerade einmal jede/r zweite Ausbildungsinteressierte kommt überhaupt noch in Ausbildung. Haggenmiller kritisiert, dass viele der „unversorgten“ BewerberInnen anschließend in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems landen. Für ihn ist das ein „Abstellgleis“. 2012 waren davon mehr als 266 000 junge Menschen betroffen.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack betont: „Die Wirtschaft ist in der Verantwortung und nimmt sie nicht wahr. Gerade nach der Krise wäre es logisch, vermehrt auszubilden.“ Hannack fordert eine Ausbildungsumlage. „Wir haben immer gesagt: Wer nicht ausbildet, soll zahlen.“ Haggenmiller will die Betriebe in die Pflicht nehmen, ihrer Verantwortung nachzukommen und genügend gute Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Schließlich gehe es um Fachkräfte und um die Zukunft der jungen Menschen.

Kritik des DGB gibt es auch an den Zahlenschiebereien der Bundesagentur für Arbeit. So zählt die BA 45 960 BewerberInnen als versorgt („Bewerber mit Alternative“), obwohl sie ausdrücklich weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen. Weitere 120 340 BewerberInnen befinden sich in Maßnahmen („andere ehemalige BewerberInnen“) und werden deshalb nicht mitgezählt. Eine Folge: Rund 1,4 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine qualifizierende Berufsausbildung. ●

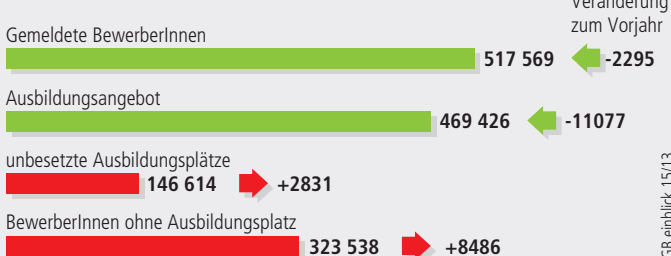
Neue Welt

Ausbildung. Für tausende junge Frauen und Männer beginnt am 1. September ein neuer Lebensabschnitt. Mit Beginn der Ausbildung ergeben sich viele Fragen. Wie lang darf meine Probezeit sein? Muss ich mich beim Arbeitgeber abmelden, wenn ich während der Berufsschule krank werde? Was für Tätigkeiten muss ich im Betrieb machen und welche gehören nicht zur Ausbildung? Hilfe bietet die DGB-Jugend. Mit Broschüren, Flyern und dem Online-Beratungstool Dr. Azubi liefert die DGB-Jugend wertvolle Tipps zur Ausbildung. Mit dem jährlich erscheinenden Ausbildungsreport zeigt die Gewerkschaftsjugend zudem, wo es in den Betrieben und Berufsschulen Nachbesserungsbedarf gibt. ●

! www.jugend.dgb.de/ausbildung

Mangelware Ausbildungsplatz

Ausbildungsplatzangebot, unbesetzte Ausbildungsplätze und unversorgte BewerberInnen im Juli 2013 (in absoluten Zahlen)



Im Juli 2013 gab es 8500 mehr Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, als im Vorjahr. Insgesamt gibt es rund 1,4 Millionen junge Menschen (20 bis 29 Jahre) ohne Berufsausbildung.

● MEHR ZUM THEMA

Zweite Chance

Rund 1,4 Millionen junge Menschen in Deutschland haben keinen qualifizierten Berufsabschluss. Für DGB und Gewerkschaften steht fest: Diese jungen Menschen haben eine zweite Chance verdient. Mit Erfolg hat sich der DGB deshalb im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit für die Initiative „AusbILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“ eingesetzt. Ziel in den nächsten drei Jahren ist es, bis zu 100 000 junge Erwachse-

ne auszubilden. Teilnehmen können 25- bis 34-jährige Geringqualifizierte – unabhängig davon, ob sie aktuell einen Job haben oder nicht. Die Ausbildung soll vor allem betrieblich über abschlussorientierte Weiterbildungsmaßnahmen erfolgen. Vorgesehen sind eine gute Beratung der jungen Menschen und eine solide Förderung der Betriebe. Alleinerziehende haben die Chance, die Qualifizierung in Teilzeit anzutreten.

Anzeige

Bei der GEW NRW (Nünningstr. 11, 45141 Essen) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet folgende Stelle (100%) in Essen zu besetzen:



Referent/Referentin (Gewerkschaftssekretär/in) für das Arbeitsfeld Tarifpolitik, Kinder- und Jugendhilfe sowie Erwachsenenbildung

Aufgaben:

- Organisation von tarifpolitischen Initiativen und Tarifaussensetzungen – vorwiegend im Bereich der Tarifverträge TV-L und TVÖD sowie bei freien Trägern
- Beratung der Mitglieder und fachliche Begleitung der GEW-Gremien in tariflichen Fragen und zu Themen aus den Organisationsbereichen Kinder und Jugendhilfe sowie Erwachsenenbildung
- politische Arbeit in den o.a. Tätigkeitsfeldern

Wir wünschen uns eine gut organisierte, teamfähige und engagierte Kollegin bzw. einen Kollegen mit abgeschlossener Hochschulausbildung.

Die Eingruppierung sowie die Sozialleistungen des Arbeitgebers ergeben sich aus der auf den Allgemeinen Anstellungsbedingungen des DGB basierenden Betriebsvereinbarung des GEW Landesverbandes NRW.

Bewerbungen sind bitte per Post oder E-Mail bis zum **15. September 2013** an die GEW NRW, zu Hd. M Schulte, Nünningstr. 11, 45141 Essen (michael.schulte@gew-nrw.de) einzureichen.

Eine vollständige Ausschreibung finden Sie unter: www.gew-nrw.de

— • KURZ & BÜNDIG —

EVG Die EVG fordert, dass die gesamte Dividende, die die Deutsche Bahn (DB AG) an den Bund abführt, ins Schienennetz investiert wird. Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner betont: „Das Geld, das die DB AG erwirtschaftet hat, ist nicht dazu da, um irgendwo im Haushalt zu versickern.“

IG Der IG Metall-Bezirk Niedersachsen / Sachsen-Anhalt hat die vom Bundesrat angekündigte Initiative zur Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen begrüßt. Wäre sie erfolgreich, könnten Betriebsräte alle Beschäftigten, die mehr als vier Wochen auf dem Betriebsgelände arbeiten, vertreten.

ver.di ver.di und der Sozialverband Deutschland (SoVD) haben gemeinsame Forderungen für eine „verantwortungsvolle Sozialpolitik für Frauen“ vorgelegt. Allem voran sollen Minijobs in sozialversicherte Teilzeit umgewandelt werden.

ver.di hat die Verleger bei den aktuellen Tarifverhandlungen für ZeitungsredakteurInnen aufgefordert, Vorschläge für qualitativ hochwertigen Journalismus vorzulegen. Die Arbeitgeber wollen stattdessen mit regionalen Regelungen den Flächentarifvertrag unterlaufen.

NGG Beim Konflikt mit der Burger King GmbH zeigt sich die NGG zuversichtlich, dass die vom Unternehmen eingeleiteten Kündigungen gegen 15 Betriebsräte gegenstandslos sind. Die Kündigungsgründe würden einer gerichtlichen Prüfung kaum standhalten, so die NGG.

Als Mitglied im Bündnis „Klimaallianz“ ruft die IG BAU zum Klima-Aktionstag am 14. September auf. Ziel ist es, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, um unter anderem die Treibhausgase in Deutschland zu senken.

GEW Die GEW-Vorsitzende Marlies Tepe schlägt vor, ein „inklusives Schulwesen als Staatsziel in den Schulgesetzen zu verankern“. Die Bundesrepublik müsse sich endlich von einem überholten selektiven Bildungs- und Schulsystem verabschieden.

Jugend unter Druck

Studien. Junge Menschen leiden zusehends unter prekärer Beschäftigung, geringer beruflicher Sicherheit und steigendem Leistungsdruck in der Arbeitswelt. Das zeigen aktuelle Studien von IG Metall und IG BCE.

So belegt die Studie von TNS-Infratest im Auftrag der IG Metall, wie stark prekäre und unsichere Beschäftigung junge Menschen belastet. Demnach arbeiten mittlerweile 23 Prozent der unter 35-Jährigen in befristeten Jobs. Eine Folge: 87 Prozent der jungen Menschen fühlen sich psychisch belastet und klagen, dass ihre Lebens- und Familienplanung beeinträchtigt ist. Zum Beispiel können sich acht von zehn StudienteilnehmerInnen eine eigene Wohnung kaum leisten. Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, warnt: „Mit Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen für junge Beschäftigte steuern Unternehmen und Politik in die falsche Richtung.“ Es wundert nicht, dass jede/r Dritte der 1000 Befragten angibt, unzufrieden mit der Politik zu sein. Wetzel fordert: „Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, die Verhältnisse wieder gerade zu rücken.“

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Umfrage der IG BCE unter rund 2700 jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren. Viele schauen pessimistisch in die Zukunft. So fürchten 70 Prozent niedrige Löhne, 60



Das Cover der IG BCE-Studie

81 Prozent ist ein sicherer Arbeitsplatz sehr wichtig. Eine gute Atmosphäre spielt für 72 Prozent eine große Rolle. Über die Hälfte der Befragten findet Weiterbildung „sehr wichtig“. Kreativität, Ansehen der Beschäftigung und flexible Arbeitszeiten folgen auf den weiteren Plätzen. Erfreulich ist, dass rund 80 Prozent der Jugendlichen die Gewerkschaft positiv wahrnehmen. Ein sehr guter Wert – Bürgerinitiativen (40 Prozent), Parteien (26 Prozent) und die Bundesregierung (25 Prozent) schneiden schlechter ab. ●

Die Studien gibt es unter: www.einblick.dgb.de/hintergrund

— • NACHGEFRAGT —

Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow, 50, erklärt, wie wichtig gesellschaftlicher Konsens für die Polizeiarbeit ist.



Foto: GdP

„Schicht um Schicht erfüllen die Beschäftigten in der Polizei ihren Dienst für die Bürger. Der Erfolg ihres Engagements resultiert im hohen Ansehen, das die Polizei in der Bevölkerung genießt. Die GdP wird weiterhin maßgeblich daran mitwirken, dass polizeiliches Handeln verlässlich, transparent und nachvollziehbar ist. Wir sind eine rechtsstaatlich orientierte Bürgerpolizei, wollen es bleiben und noch besser werden.“

Das ist auch Ziel der GdP. Deshalb werden wir weiterhin kein Blatt vor den Mund nehmen. Nur so gelingt es, einen breiten Konsens für die Polizeiarbeit herzustellen und Verständnis bei den Bürgern für die Anliegen der Beschäftigten zu finden. Die Polizeibeschäftigten auf den Straßen, in den Wachen, Laboren, Werkstätten und Büros, die einen erfüllenden, aber auch sehr schwierigen und anstrengenden Beruf ausüben, verdienen große Anerkennung. Diese muss sich trotz föderaler Strukturen in vergleichbaren Lebens- und Arbeitsverhältnissen ausdrücken. Davon kann heute nicht die Rede sein. Darum steht das Thema auf meiner Agenda weit oben.

Die GdP hat sich über die Jahrzehnte einen guten Ruf als kompetente und engagierte Arbeitnehmervertretung erarbeitet. Unsere Sozialpartner wissen, dass man mit uns konstruktiv, sachlich und fair verhandeln kann. Dienstherr und Politik wissen aber auch, dass wir uns nicht scheuen, heiße Eisen anzufassen. Wir lassen nicht locker, bis wir für unsere Kolleginnen und Kollegen ein annehmbares Ergebnis erzielt haben. Starke Gewerkschaften sind ein wichtiges und notwendiges Sprachrohr der Beschäftigten. Als GdP wissen wir, dass wir mit dem DGB einen starken Rückhalt für unsere Gewerkschaftsarbeit besitzen. Auch der DGB kann auf uns zählen.“ ●

Gewerkschaften helfen

Hochwasser. Die Flut von Elbe, Donau und ihren Nebenflüssen ist mittlerweile abgelaufen. Zurückgeblieben sind Schätzungen zu Folge Schäden in Höhe von sieben Milliarden Euro. Auch DGB und Gewerkschaften haben den Flutopfern ihre Hilfe zugesagt. Jetzt liegen erste Zahlen vor. So hat allein der Verein „Gewerkschaften helfen“ bisher in 220 Fällen finanzielle Unterstützung geleistet. Insgesamt sind 81 400 Euro an Geschädigte verteilt worden. Die eingegangenen Spenden belaufen sich auf rund 118 000 Euro (Stand Anfang August).

Anträge auf Unterstützung können von Betroffenen der Flutkatastrophe auch weiterhin an den Verein „Gewerkschaften helfen e. V.“ gerichtet werden. IG Metall, ver.di, GEW und die EVG sowie der ACE haben Initiativen gestartet, um ihren Mitgliedern unbürokratisch und schnell zu helfen (*einblick* 12/2013). ●

www.dgb.de/1s5s

Anzeige

Ulrike Steinert-Dietrich
 Fachreferentin für Arbeitsrecht (IHK) Mediatorin
 Kölnerstraße 75
 51702 Bergneustadt
 0160/99197714



Am Rande des Bankrotts

Die Nachrichten zur finanziellen Situation der Kommunen klingen verwirrend. Hohe Einnahmen und kein Geld in der Kasse: Zahlreiche Städte und Gemeinden können sich trotz verbesserter Haushaltseinnahmen notwendige Investitionen nicht leisten. Die ver.di-Wirtschaftsexpertin Sabine Reiner erklärt den Widerspruch.

Kommunale Haushalte. „De facto bankrott“ – so interpretierte die Süddeutsche Zeitung die Ergebnisse einer aktuellen Kommunalstudie der Wirtschaftsprüfer Ernst & Young. Gleichzeitig meldete das Statistische Bundesamt, die öffentlichen Haushalte hätten im ersten Halbjahr einen Überschuss von über acht Milliarden Euro erzielt. Die Kommunen konnten sich schon im letzten Jahr über ein Plus von knapp zwei Milliarden Euro freuen, für dieses Jahr werden vier erwartet. Wie passt das zusammen?

Städte und Gemeinden haben seit 1991 nur in sieben Jahren keine Defizite gemacht. Dies ist aber keine Folge unsoliden Wirtschaftens, sondern weil wegen mehrfacher Steuersenkungen seit der Jahrtausendwende Einnahmen ausblieben. Ohne sie lägen die Steuereinnahmen der Kommunen heute jährlich acht Milliarden Euro höher. Wegen fehlender Einnahmen wurde bereits gekürzt, „bis es quietscht“. So sind die öffentlichen Investitionen von gut 30 Milliarden Euro Anfang der 1990er auf heute 20 Milliarden Euro abgestürzt. Die Zahl der Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst der Kommunen ist von knapp zwei Millionen 1991 auf gut 1,2 Millionen gesunken, die der Vollzeitbeschäftigten hat sich sogar von 1,6 Millionen auf 750 000 mehr als halbiert.

Stark angestiegen sind dagegen die Sozialausgaben der Kommunen: Innerhalb von zehn Jahren haben sie sich von 25 auf 46 Milliarden nahezu verdoppelt. Der Anstieg dieser Ausgaben liegt nicht in der Verantwortung von Städten und Gemeinden, sondern an Aufgabenübertragung ohne entsprechende finanzielle Kompensation. „Investitionshaushalte wurden zu Sozialhaushalten“, formulierte der Städte- und Gemeindebund treffend.

Wie schon in der Vergangenheit reagieren Kommunen mit der Reduzierung von Leistungen. Die Nummer Eins bei den Kürzungen ist nach der Umfrage von Ernst & Young mit 16 Prozent die Jugend- und Seniorenar-

„Wie schon in der Vergangenheit reagieren Kommunen mit der Reduzierung von Leistung.“

beit. Erhöht wurden dafür vor allem die Grundsteuern (43 Prozent der Kommunen) und Gebühren für Kita und Ganztagschule (39 Prozent). Es gibt Gemeinden, die Parkbänke abbauen, um deren Pflege nicht mehr finanzieren zu müssen. Trotzdem erwartet die Hälfte der Kommunen, dass ihre Schulden in den nächsten drei Jahren weiter steigen werden. 30 Prozent gehen davon aus, dass sie diese nicht mehr werden tilgen

können. Die Spaltung zwischen Städten und Gemeinden, die gerade so über die Runden kommen und anderen, die in einem Teufelskreis von Verschuldung und Haushaltsdefiziten stecken, nimmt immer weiter zu.

Schon mehr als die Hälfte der Kommunen mussten Haushaltssicherungskonzepte aufstellen, 15 Prozent sind unter kommunalen Rettungsschirmen. Dabei müssen sie sich zu weiteren Kürzungen verpflichten. Wegen der Schuldenbremse erwarten zwei Drittel der Gemeinden, dass die Bundesländer Auflagen der Kommunalaufsicht verschärfen und Zuweisungen kürzen.

Andererseits verspricht der Bund Kompensation bei den Sozialausgaben. Die schrittweise Übernahme

„Wir sind heute viel reicher – aber auch ungleicher.“

der Kosten der Grundsicherung im Alter läuft bereits. Zusätzlich haben die Länder für ihre Zustimmung zum Fiskalvertrag im Bundesrat Zugeständnisse für die Kommunen erreicht. Was der Bund übernimmt, soll erst nach der Wahl verhandelt werden. Ob sich die Finanzlage der Kommunen dauerhaft entspannt, ist noch unklar. Denn die Sozialausgaben der Kommunen wachsen weiterhin stark.

Die Bertelsmann-Stiftung hat kürzlich ebenfalls einen umfangreichen kommunalen Finanzreport veröffentlicht. In der Einleitung heißt es, weil die Haushalte insgesamt klamm seien, ist keine Hilfe zu erwarten. Die notwendige Konsolidierung müssten die Kommunen aus eigener Kraft schaffen. Und ein offener Brief des ver.di-Bezirksvorstands Berlin an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses zitiert den Berliner Finanzsenator Ulrich Nußbaum: „Es gibt keine Alternative zu dem aufgezeigten Konsolidierungspfad. Wir werden die Schuldenregeln des Grundgesetzes einhalten.“

Natürlich gibt es Alternativen! Warum konnten wir uns in den 1960er- und 70er-Jahren Schwimmbäder leisten, Musikschulen und Sportplätze, wieso wurde der Straßenbelag auch mal richtig erneuert, statt immer nur Löcher zu flicken? Wir sind heute viel reicher – aber auch viel ungleicher. Den zwei Billionen Euro öffentlichen Schulden stehen 3,4 Billionen Euro privates Geldvermögen gegenüber – private Schulden sind abgezogen. Von diesem Geldvermögen besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung allein ein Drittel. Statt die Reichsten der Reichen weiter zu hätscheln, müssen wir dafür sorgen, dass sie wieder ihren Teil an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beitragen. Investitionen in eine Zukunft für alle sind finanzierbar. Man muss nur wollen. ●



Sabine Reiner, 51, ist promovierte Politologin und studierte Politik und Volkswirtschaft. Sie arbeitet heute als Bereichsleiterin Wirtschaftspolitik bei ver.di.

● MEHR ZUM THEMA

Finanzmisere

„Unter den deutschen Kommunen ist längst eine Zweiklassengesellschaft entstanden“, bilanziert die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young in ihrer Studie „Kommunen in der Finanzkrise“. Den Stadt- und Gemeinderäten der überschuldeten Kommunen werde nichts anderes übrig bleiben, als die Gebühren zu erhöhen und weitere Leistungen zu kürzen. Die zusätzlichen Mittel, die der Bund den Kommunen zugesagt hat, würden „an der grundsätzlichen Finanzmisere“ nichts ändern. Die Angaben basieren auf der Befragung von 300 Kommunen.

Unter der Überschrift „Aktiver Staat“ fordert der DGB eine nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Hand und insbesondere der Kommunen. Auch bei ver.di gilt schon lange: Die Kommunen brauchen eine solide Finanzausstattung.

● IM NETZ

www.dgb.de/-/NyL
www.oeffentlich-ist-wesentlich.verdi.de
www.bit.ly/KommunenEY

Anzeige



Gelebte Demokratie mit 5 Buchstaben? ACE e.V.

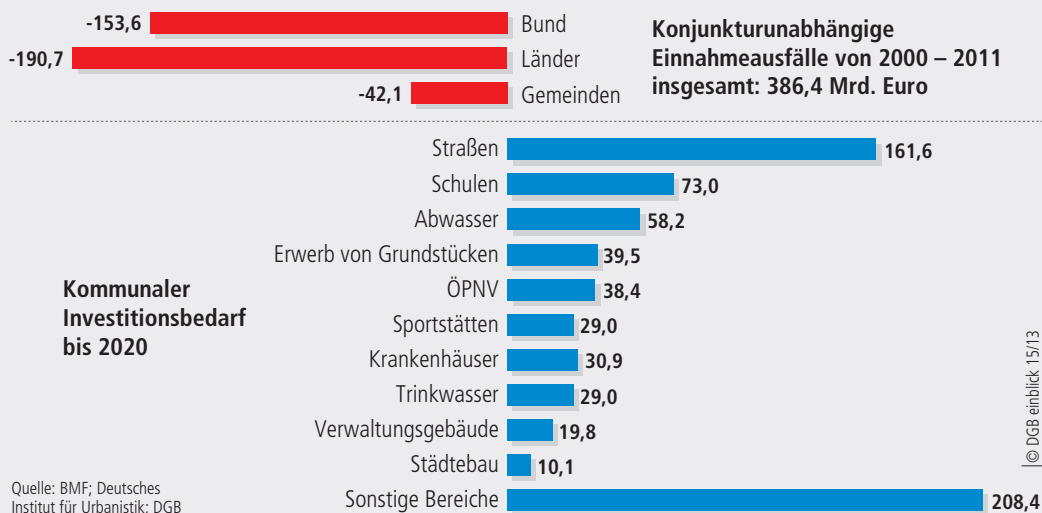
Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

● DIE DGB-GRAFIK

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat bis 2020 einen kommunalen Investitionsbedarf von insgesamt 700 Milliarden Euro ermittelt. Das können die Kommunen allein nicht bewältigen. Die Einnahmen aus Steuern sind gesunken, die Ausgaben vor allem für Soziales extrem gestiegen. Der DGB fordert die Politik auf, gegenzusteuern. Ziel der Gewerkschaften ist ein aktiver Staat, der solide finanziert ist. Zahlreiche Argumente dazu gibt es in der Broschüre „Der aktive Staat: investiert – sichert – gestaltet“. Sie kann im Internet unter www.dgb.de/H3Cg heruntergeladen werden.

Den Kommunen fehlen Hunderte Milliarden Euro

Einnahmeausfälle seit 2000 und kommunaler Investitionsbedarf bis 2020 (in Milliarden Euro)



● TERMINE

- 1.9. Antikriegstag
- 4.9. **Betr. Bundestagswahl**
DGB NRW, Konferenz „Neue Ordnung der Arbeit“, Herne
- 5.9. DGB Nord, Vortrag von Christoph Butterwegge zum Thema „Altersarmut“, Hamburg
- 7.9. **Betr. Bundestagswahl**
DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt, Demonstration „Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa. Aktiver Staat.“, Hannover
- 7.9. **Betr. Bundestagswahl**
DGB Hessen-Thüringen und West, Gewerkschaften, Aktionstag „Flagge zeigen für den Politikwechsel“, Frankfurt / Main
- 7.9. **Betr. Bundestagswahl**
IG Metall, Aktionstag am Brandenburger Tor „Metall-Parlament“, Berlin
- 7.9. **Betr. Bundestagswahl**
IG BCE, Betriebs- und Funktionärskonferenz „Wahljahr 2013: Gute Politik ist messbar“, Mannheim

● ONLINE-TIPP

Wahl-O-Mat 2013
www.bit.ly/wahlomat13
Auch zur kommenden Bundestagswahl am 22. September können sich alle Bürgerinnen und Bürger wieder mit dem Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung informieren. An Hand von 38 Fragen zu aktuellen Themen können die User vergleichen, welche Partei am besten zu ihnen passt. Insgesamt haben sich 28 Parteien am Wahl-O-Mat beteiligt. Vielfältige und detaillierte Hintergrundinfos wie zum Beispiel „Fakten zur Wahl“ runden das Portal ab.

● BUCHTIPP



Wiebke Friedrich, Christoph H. Schwarz, Sebastian Voigt (Hrsg.): Gewerkschaften im demokratischen Prozess: 10 internationale Beiträge, Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Staat und Zivilgesellschaft, Band 278, 2013, 236 Seiten, 29 Euro
Gewerkschaften kämpfen weltweit für Demokratie und Freiheit – auch in Krisenregionen. Sowohl im „arabischen Frühling“, im Sudan, in Marokko und in Spanien stehen GewerkschaftlerInnen in der ersten Reihe, um sich für die Rechte der BürgerInnen einzusetzen. Mit dem Band „Gewerkschaften im demokratischen Prozess“ will die Hans-Böckler-Stiftung den Fokus auf die innovative Gestaltungskraft der Gewerkschaften richten. Verschiedene AutorInnen analysieren Strategien und Positionen der Gewerkschaften in Umbruchsituationen. Andere Beiträge untersuchen die Rolle der gewerkschaftlichen Dachverbände in Industriestaaten, etwa in Deutschland oder den USA.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout und Infografik: Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

● SCHLUSSPUNKT

„Ich bin in Sachen Pressefreiheit der Toleranteste und Großzügigste in der aktuellen Politik!“
Horst Seehofer, CSU, bayrischer Ministerpräsident, laut „Abendzeitung“ vom 27.8. im Streit mit dem ARD-Magazin Monitor, bei dem er ein Kamerateam aus Bayern „ausweisen“ wollte.

Drohung mit Krankschreibung

Führt nicht immer zur Kündigung

Wenn ein Arbeitnehmer mit Krankschreibung droht, falls ihm kein Urlaub gewährt wird, muss er mit fristloser Kündigung rechnen, wenn er gesund ist. Ist er allerdings zum Zeitpunkt der Krankschreibung tatsächlich krank, ist das kein Kündigungsgrund.

Der Fall: Der Arbeitnehmer erklärte an einem Freitag, er sei kaputt und brauche eine Woche Urlaub. Er wolle nicht zum Arzt gehen. Sein Urlaubsantrag wurde jedoch am selben Tag abgelehnt. Nachdem er montags darauf nicht im Betrieb erschien, kündigte ihm der Arbeitgeber fristlos. Am Dienstag wurde der Arbeitnehmer rückwirkend ab Montag arbeitsunfähig krankgeschrieben. Die Kündigungsschutzklage war erfolgreich.

Das Landesarbeitsgericht: Es kommt darauf an, ob der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Ankündigung der Erkrankung objektiv erkrankt ist. Die Ankündigung einer Erkrankung kann zwar in jedem Fall eine Pflichtwidrigkeit darstellen, doch wirkt diese bei objektiver Erkrankung anders. Bei einer „angekündigten Krankheit“ im Falle eines gesunden Arbeitnehmers bedarf es in der Regel keiner vorhergehenden Abmahnung. Ist der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Ankündigung aber bereits krank, ist sie erforderlich. Da hier der Arbeitgeber nicht behauptet hatte, dass die Krankschreibung vorgetäuscht war, ist er als Kündigender darlegungs- und beweispflichtig auch dafür, dass der Arbeitnehmer nicht schon am vorausgegangenen Freitag arbeitsunfähig gewesen ist. Insoweit hatte der Arbeitgeber im Prozess ausgesagt, der Arbeitnehmer habe freitags noch voll gearbeitet. Deshalb könne er nicht arbeitsunfähig gewesen sein. Dabei übersieht er, dass nicht jeder Arbeitnehmer, der seine Arbeitsleistung erbringt, zugleich arbeitsfähig ist. Bei der Beurteilung ist darauf abzustellen, welche Bedingungen die bisherige Tätigkeit konkret geprägt haben.

**Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 15. März 2013 - 10 Sa 2427/12**

Kleinkinderbetreuung

Kein Anspruch auf Kita-Platz

Eltern müssen sich beim Rechtsanspruch auf Betreuung ihrer unter 3-jährigen Kinder unter Umständen mit einer Tagesmutter abfinden. Die Stadtverwaltung ist nicht in jedem Fall verpflichtet, einen Platz in einer Kindertagesstätte (Kita) zur Verfügung zu stellen.

Der Fall: Die Eltern eines unter 3-jährigen Kindes verlangten, ihrem Kind einen Platz in einer Kita in der Nähe der elterlichen Wohnung zuzuweisen. Die Stadt Köln war jedoch bereit, dem Kind einen Platz in einer 5,8 km entfernt gelegenen Kita zuzuweisen; als Alternative wurde ein Platz bei einer wohnortnahen Tagesmutter angeboten. Das Gericht entschied zugunsten der Stadt Köln.

Das Oberverwaltungsgericht: Die Eltern können zwar grundsätzlich zwischen den gleich geeigneten und gleichwertigen Arten der frühkindlichen Förderung in einer Kindertagesstätte und bei einer Tagesmutter wählen. Dem Wunsch der Eltern muss allerdings nicht entsprochen werden, wenn in der gewünschten Betreuungsform kein Platz vorhanden ist. Steht ein freier Platz nur bei einer Tagesmutter und nicht in der gewünschten Kita zur Verfügung, erfüllt der Träger der Jugendhilfe den Rechtsanspruch auf U3-Betreuung mit dem Angebot des freien Platzes. Ein Anspruch auf Kapazitätserweiterung besteht nicht.

**Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 14. August 2013 - 12 B 793/13**

Leiharbeitnehmer

Gleiches Arbeitsentgelt

Leiharbeitnehmer haben nach den dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz Anspruch auf das gleiche Entgelt wie Arbeitnehmer des Entleiherbetriebs (equal pay). Das gilt auch für Sonderleistungen wie Weihnachtsgeld. Wird das Weihnachtsgeld an eine Stichtagsregelung geknüpft, ist der Anspruch nur gegeben, wenn der Leiharbeitnehmer am Stichtag in dem betreffenden Unternehmen eingesetzt war.

**Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 21. Mai 2013 - 2 Sa 398/12**

Teilhabe am Arbeitsleben

Träger zahlt Reparaturkosten

Der Sozialversicherungsträger, der einem Schwerbehinderten als Hilfsmittel zur Teilhabe am Arbeitsleben einen höhenverstellbaren Rollstuhl bewilligt, muss auch die anfallenden Reparaturkosten der gewährten Hilfsmittel übernehmen.

**Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 21. Februar 2013 - S 15 AL 1035/11**

Gesetzliche Unfallversicherung

Bei Pflege auch auf dem Weg zur Bank

Pflegende Angehörige stehen unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Versichert ist neben der Pflege zu Hause auch das Einkaufen für den Pflegebedürftigen. Wer dazu Bargeld vom Konto des Pflegebedürftigen abhebt, erhält Unfallversicherungsschutz auch für den Weg zum Geldautomaten.

**Bayerisches Landessozialgericht,
Urteil vom 27. März 2013 - L 2 U 516/11**

Hartz IV

Zweimal 30 % sind nicht 60 %

Eine Minderung von Hartz-IV-Leistungen in Höhe von 60 Prozent durch zwei Sanktionsbescheide in Höhe von jeweils 30 Prozent für denselben Leistungszeitraum ist gesetzlich. Nach dem Gesetz hat die erste Pflichtverletzung eine Minderung von 30 % des maßgebenden Regelbedarfes und die erste wiederholte Pflichtverletzung eine Minderung von 60 % des maßgebenden Regelbedarfes zur Folge. Eine weitere wiederholte Pflichtverletzung lässt das Arbeitslosengeld II insgesamt entfallen.

**Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Beschluss vom 17. Juni 2013 - L 7 AS 332/13 B ER**

Schülerfahrtkosten

Übernahme nur zur nächsten Schule

Schüler haben keinen Anspruch auf Übernahme der Beförderungskosten zu einem weiter entfernt liegenden Gymnasium, nur weil dieses eine spezielle Sportförderung anbietet. Die Kosten werden vielmehr nur bis zur nächstliegenden Schule des gleichen Schultyps übernommen.

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 23. Juli 2013 - 2 A 10634/13.OVG**